

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

24 (29.1.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M., abgeholt monatl. 55 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratannahme 49 Uhr vorm., für größere Inserate an Nachmittags zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Klarheit u. Wahrheit.

Die nächste Folge der Veröffentlichung des Kopp'schen Briefes in des Grafen Oppersdorff „Klarheit und Wahrheit“ ist die, daß die hochwürdigen Herren Bischöfe vor den Augen der profanen Welt untereinander ein Geraufe beginnen. Der Fürstbischof von Breslau hat in seinem Schreiben bekanntlich erzählt, daß der Bischof Dr. Schulte von Baderborn jene Erläuterungen der päpstlichen Enzyklika aufgesetzt habe, denen er, der Kardinal, seine Zustimmung erteilte. Zwischen den Zeilen konnte man so etwas wie einen Vorwurf lesen, als ob der Hochwürdigste von Baderborn die Eminenz von Breslau ein wenig eingeeifert und zu einem bedenklichen Schritt veranlaßt habe, und es ist deshalb nur verständlich, wenn sich Dr. Schulte beiläufig, eine ihn entlastende Darstellung des Sachverhalts bekannt zu geben. Er tritt zwar nicht persönlich hervor, aber das in Baderborn erscheinende „Westfälische Volksblatt“, das die neue Lesart bringt, berichtet, daß es keine Informationen aus zuverlässiger Quelle habe, und diese Quelle muß nach Lage der Sache in der unmittelbaren Nachbarschaft des Baderborner Bischofspalastes fliehen.

Da wird denn zunächst die Auffassung des Kardinals als irrig bezeichnet, nach der sich die christlichen Gewerkschaften in ihrer Not an den Bischof gewandt hätten. Umgekehrt sei es gewesen. Der Bischof sei an den Gewerkschaftsführer Stegerwald herangetreten. Im Laufe der Verhandlungen mit diesem habe sich ergeben, daß die Christen sehr viel Wert darauf legten, einen Brief des Kardinals Kopp an den bekannten Zentrumsführer Dr. Berich auf dem Essener Kongreß verlesen zu dürfen. Dr. Schulte übernahm es, diesbezüglich bei Kopp anzutragen und bei der Gelegenheit hat er dem Kardinal auch Mitteilung über eine von ihm den christlichen Gewerkschaften gegebene Interpretation von fünf Punkten der Enzyklika gemacht. Er will aber diese Erläuterungen nur zur Kenntnisnahme eingekandt haben und nicht, wie Kopp in seinem Briefe behauptet, zur Prüfung und Zustimmung durch den Vorsitzenden der Bischofskonferenz. Der Gedanke, diese Interpretation als die Auffassung des Episkopates über die fünf Punkte in Essen erklären zu lassen, stammt nach dem „Westfälischen Volksblatt“ von der Breslauer Eminenz, die in einem Briefe vom 22. November 1912 nahelegte, die Führer der Gewerkschaften möchten sich darauf berufen, daß sie sich mit dieser Erläuterung in Uebereinstimmung mit den Bischöfen wüßten. Kopp hat am 24. November ein gedrucktes Zirkular mit der von ihm mitredigierten Interpretation an die übrigen Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz versandt, und in diesem Zirkular wird der Person des Bischofs von Baderborn überhaupt keine Erwähnung getan. So war die Interpretation, die ursprünglich nur die persönliche Auffassung des Bischofs Dr. Schulte darstellte, diejenige der durch Kardinal Kopp als Vorsitzenden amtlich vertretenen Fuldaer Bischofskonferenz geworden.

Nach der Essener Konferenz hat dann allerdings Kopp an Schulte geschrieben, daß er die Auslegung nicht weiter vertreten wolle; eine ausdrückliche Zurücknahme ist aber nicht erfolgt, auch nicht auf der nächsten Fuldaer Zusammenkunft, wo die gegebene Gelegenheit dazu gewesen wäre.

Diese Darlegung bestätigt den Eindruck, den man schon aus dem Briefe Kopp's an den Grafen Oppersdorff gewinnen mußte, der Fürstbischof hat ein etwas merkwürdiges Spiel gespielt. Er tritt von den von ihm selbst ausdrücklich gebilligten und der Gesamtheit der deutschen Bischöfe von ihm geradezu zur Richtschnur gemachten Erläuterungen der päpstlichen Enzyklika plötzlich äußere Anlässe wegen zurück. Doch auch diesen Schritt tut er nur im geheimen und die Öffentlichkeit, die von der Wahrheit des Gesichts nicht unterrichtet wird, lebt in dem Glauben, daß der gesamte deutsche Episkopat die Reden billige, mit denen die christlichen Gewerkschaftsführer in Essen ihre Anhänger beruhigt haben. Wenn sich nun an die Veröffentlichung des Baderborner Zentrumsblattes weitere Auseinandersetzungen unter den Kirchenfürsten anschließen kann die Geschichte ja noch recht erbaulich werden, und wir dürfen dem Grafen Oppersdorff nur Dank wissen, daß er wenn auch nur mittelbar, ein wenig für Klarheit und Wahrheit unter den Bischöfen gesorgt hat.

Was seinen hochwürdigen Korrespondenten dazu veranlaßt hat, anderthalb Jahre nach dem Essener Kongreß die Flucht an die Öffentlichkeit zu ergreifen, ist ja nicht ganz sicher. Gewiß hat ihm das triumphierende Auftreten der Gewerkschaftsführer während des Kölner Prozesses höchlichst mißfallen, aber er würde sich am Ende doch wohl auch dies Mal wieder mit einer privaten Beschwerde begnügen haben, wenn er nicht sicher wäre, daß seine Aufstellungen von der Kurie in Rom vollausgebilligt werden. Und das gibt ja eben dem Kopp'schen Briefe seine besonders große Bedeutung, daß er auf das Bevorstehen eines neuen Schrittes des Papstes gegen die christlichen Gewerkschaften schließen läßt.

Schon vor einigen Wochen wurde ja etwas derartiges leise angekündigt, und der Umstand, daß die Christen-

führer sich bestreben, das Jubelgeschrei nach dem Ausgang des Kölner Prozesses schnell zu dämpfen, u. daß sie des weiteren nicht den angekündigten stenographischen Bericht über den Kölner Prozeß brachten, sondern eine Darstellung, in der sehr wesentliches fehlte, ließ darauf schließen, daß sie Grund zu Besorgnissen hatten. Da kann man es wohl verstehen, wenn jetzt die „Tremonia“ in Dortmund in den Angstruf ausbricht: Gottschüge das katholische Deutschland in solchen Prüfungen!

Nicht ganz verständlich ist es, daß das hochemittierte Organ der christlichen Gewerkschaften nahelegt, die Konsequenzen zu ziehen und ihr „Firmenschild zu ändern“, da ihre Unabhängigkeit für ihre Existenz notwendig sei. Was heißt das? Sollen sie das schmüdende Beiwort christlich aus ihrem Namen entfernen?

Wir können nur annehmen, daß die große Erregung der „Tremonia“ einen Gedanken eingegeben hat, vor dessen Konsequenzen gerade sie bei ruhiger Ueberlegung doch selbst zurückschauern muß. Verzicht auf die christlichen Gewerkschaften auf die Betonung ihres Christentums, dann werden sie mit natürlicher Gewalt dorthin getrieben, wo die freien Gewerkschaften stehen. Allerdings, ihre gegenwärtige Politik ist auf die Dauer unter keinen Umständen durchzuführen. Darüber ist jetzt auch die nötige Klarheit verbreitet. Zweierlei nur gibt's: entweder unterwerfen sich ihre katholischen Mitglieder ohne alle Bedensarten und Ausflüchte dem Willen des Papstes, oder aber ihre Organisationen machen sich endgültig von einer Umflammerung frei, die sie auf Schritt und Tritt hindert, Arbeiterinteressen wirklich zu vertreten.

Auch wenn sie sich zu dieser Loslösung entschließen, bedeutet das natürlich noch keineswegs, daß sie ohne weiteres den Standpunkt der freien Gewerkschaften einnehmen werden. Sie werden sicher bemüht sein, Gegenläufe zu konstruieren und Gegenläufe zu betonen. Aber wir dürfen doch die berechtigte Hoffnung hegen, daß die deutsche Arbeiterbewegung ihrer Vereinstätigkeit damit einen Schritt näher käme. Gehen sie da den anderen Weg, so ist uns auch das willkommen, denn die bedingungslose Unterwerfung unter Rom wird Tausenden und Abertausenden die Augen öffnen.

In einem nationalliberalen Blatte kann man lesen, daß nur die Sozialdemokratie über die neuesten Wirrnisse im katholischen Lager triumphiere und daß deshalb die Regierung allen Anlaß habe, so schnell als möglich einzugreifen, „um zu retten, was zu retten ist“. Gewiß, wir leugnen nicht, daß wir uns der jüngsten Vorkommnisse freuen. Jedoch unsere Freude ist keineswegs Schadenfreude. Es ist die ehrliebe Genugtuung darüber, daß immer mehr geschieht, um einen unklaren und innerlich unwarhen Zustand zu beseitigen, an dessen Aufrechterhaltung nur die Feinde der Arbeiterschaft ein Interesse haben.

Die Schwierigkeiten der Christen.

Das ist einmal wieder ein Triumph, den die Gegner der „Kölner Richtung“ im Zentrum verzeichnen können! Der Brief, den der Kardinal Kopp dem Grafen Oppersdorff gekandt hat, wird den Führern der christlichen Gewerkschaften und ihren politischen Gönnern am Meist noch viel zu schaffen machen. Es ist ja richtig, daß auch der Fürstbischof selbst in einem etwas eigenartigen Lichte erscheint. Er zieht die Zustimmung zu der Interpretation, die der Prälat Kreuzwald der Gewerkschaftszusammenkunft gegeben hat, zurück, nachdem die Gewerkschaftsführer auf dem Kongreß in Essen und bei dem Kölner Prozeß den Episkopat und seine Rechte gar zu geringfügig behandelt haben. Entweder traf die Erläuterung Kreuzwalds das richtige, dann konnte sie auch durch das Verhalten der Gewerkschaften nichts von ihrer Gültigkeit verlieren, oder sie bebte auf falschen Voraussetzungen, und dann mußte Herr Kopp von vornherein seine Zustimmung verweigern.

Doch das ist schließlich eine Sache, mit der sich der Kirchenfürst allein abfinden muß. Für die Öffentlichkeit ist das wichtigste, daß der Kardinal, auf dessen Sympathie die Christen, wie er in seinem Briefe an Oppersdorff ausdrücklich erwähnt, so besonders großen Wert legt, neue in den schärfsten Gegensatz zu den Organisationen tritt, die zwar auf christlichem Boden stehen, aber Arbeiter ohne Unterschied der Konfession umfassen. Zwar haben die Giesberts und Stegerwald in der letzten Zeit jervollig groß getan und sich geberdet, als ob sie den Feind nach der Meinung des Klerus über die richtige Organisationsform fragten. Den Kölner Gerichtssaal verlassen sie mit der Miene von Triumphatoren. Ob diese Entschlossenheit jedoch angeht dieses neuen Vorstoßes ihrer Gegner im Lager der Klerus vorhalten wird, kann billig bezweifelt werden. Herr Kopp und Graf Oppersdorff werden nichts unversucht lassen, und das Unheil, das von Rom droht, kann nur beschleunigt werden, wenn die Führer ihre mutigeren Worte in die Tat umsetzen wollen.

So darf man denn annehmen, daß sie zunächst wieder den geistlichen Vermittlern die Türen einlaufen werden, um sie ihrer Loyalität zu versichern und daß sie gleichsetz-

alles tun werden, um in ihrem praktischen Verhalten den Beweis zu erbringen, daß ihre Organisationen besser sind als ihr Ruf und daß eine gewaltige Kluff sie von der modernen Arbeiterbewegung trennt. Ob es etwas helfen wird, warten wir ab.

In der gesamten Zentrumspresse des Westens hallt die Erregung über den Brief des Kardinals Kopp wieder die Dortmund „Tremonia“, in der der Vorsitzende des Augustinusvereins der Zentrumspresse die Feder führt, droht bereits mit einem Abfall der christlichen Gewerkschaften von der Kirche und mit einer Namensänderung. Sie schreibt:

„Was soll daraus werden, wohin sollen diese Wege führen? Es ist verflucht, einen neuen schweren Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften zu führen, trotz des Friedens von Mehl! Trotz der bekannten Erklärungen der deutschen Bischöfe! Trotz der neuartigen Rede des Kölner Oberhirten! Unbegreiflich, unverständlich! Die christlichen Gewerkschaften dürften jetzt angesichts dieser Sachlage wohl Veranlassung haben, die Konsequenzen zu ziehen und ihr Firmenschild zu ändern. Ihr Weg ist ihnen vorgezeichnet. Ihre Unabhängigkeit ist notwendig für ihre Existenz. Für die Fachabteilung Berliner Richtung ist in Deutschland nun mal kein Boden; in ihren Dienst werden sich die katholischen Arbeiter Deutschlands in ihrer überwiegenden Mehrheit niemals stellen können. Mit diesen wenigen Andeutungen wollen wir es heute genug sein lassen. Gott schütze das katholische Deutschland in solchen Prüfungen!“

Das „Düsseldorfer Tageblatt“, ebenfalls ein Zentrumsorgan, schreibt:

„Für die christlichen Gewerkschaften bedeutet die Kundgebung des Kardinals Kopp zweifellos eine Gefahr, daß ihrer Arbeit sich neue Schwierigkeiten entgegenstellen. Wir, die wir die Männer und ihre Arbeit kennen, empfinden dies mit ihnen schmerzlich.“

Deutsche Politik.

Wachseln die Chamäleons die Farbe?

Aus Straßburg wird der Berliner bürgerlichen Presse gemeldet: „In Offizierskreisen hat die Stellungnahme der „Straßburger Post“ des einzigen Blattes, das ein Offizier im Elß bislang für lesenswert hielt, sehr bestimmend gewirkt. Diese Verstimmung hat auch ihre Folgen gehabt. Der Verlag der „Köln. Ztg.“, Besitzer der „Straßburger Post“, plant nun eine Veränderung der Schriftleitung des Blattes. Die „Straßburger Post“ wird in Zukunft im streng deutschen Sinne mit mittelparteilicher Tendenz geführt werden. Sie behält ihren elß-partikularistischen Standpunkt nur so weit bei, als er sich mit den Reichsinteressen verträgt. Die „Straßburger Neue Zeitung“, das Hauptorgan der Fortschrittler, wechselt ebenfalls die Farbe. Es wird vom 1. April dieses Jahres als liberal-fortschrittliches Blatt weitergeführt werden. Der bisherige Lokalredakteur der „Straßburger Post“, ein ehemaliger protestantischer Pfarrer aus Weiskenburg i. E., wird die Leitung dieses Blattes übernehmen.“ Die alte Geschichte: bläßt der Wind aus einer andern Richtung, so ändert die bürgerliche Wetterfahne ihre Richtung ebenfalls.

Denkschrift über den Geburtenrückgang.

Wie die „Berliner Volkszeitung“ hört, soll über die Erhebungen, die über den Rückgang der Geburten angestellt sind, eine eingehende Denkschrift ausgearbeitet werden, die dem zuständigen Ressortminister vorgelegt werden wird. Gegenwärtig sind noch nicht alle Berichte, die hierüber eingefordert wurden, bei dem zuständigen Ressort eingegangen. Es wird angenommen, daß der Geburtenrückgang zum nicht geringen Teil auf den Gebrauch von vorbeugenden Mitteln zurückzuführen ist, und auf Feststellungen dieser Art wird besonderes Gewicht gelegt. Dementsprechend erstrecken sich die Feststellungen vornehmlich auch auf den Umfang der Verbreitung der Antikonzeptionsmittel, worüber bereits zahlreiche Berichte eingegangen sind.

Polizei gegen Jesuiten.

Wie die Zentrumspresse mitteilt, ist dem bekannten Jesuitenpater Cohausz in Osnabrück ein Vortrag über „Neuzeitliche Strömungen im Christentum“ auf eine Denunziation der nationalliberalen „Osnabrücker Zeitung“ hin von der Polizeidirektion verboten worden. Das Verbot erfolgte auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 28. November 1912.

In Hlensburg darf ein Däne nicht über die Fliegenplage, in Osnabrück darf ein Jesuit nicht über Strömungen im Christentum reden. Es geht nichts über polizeiliche Weisheit!

Das auf Grund eines Ausnahmegesetzes gegen einen Jesuiten erlassene Redeverbot empfindet die Sozialdemokratie ebenso als Unrecht, als ob es gegen einen der ihren verhängt worden wäre. Darüber hinaus liegt ein gewisser

unfreiwilliger Humor darin, da in frommen Städte Preußen zwar jeder Atheist über Strömungen im Christentum reden darf, ein katholischer Geistlicher aber, der einem bestimmten Orden angehört, nicht!

Es ist der Beruf des preußischen Polizeistaates, eine Satire auf sich selbst zu sein.

Die Doppelrolle des Offiziers.

In der 'Kreuzzeitung' erhebt Kontreadmiral J. D. J. Hoffmann den Ruf nach 'mehr Schutz für die Soldaten-ehre'. Der Admiral beweist, daß der gewöhnliche Mensch bloß eine Ehre hat, der Soldat, will sagen der Offizier, hat aber deren zwei: nämlich eine Bürger- und noch extra dazu eine Soldatenehre.

Als zu höheren Ehre der militärischen Ehre Nr. 2 soll auch noch die Pressefreiheit unterbunden, den Redaktionen der 'gewissenlosen Presse' soll schimpfliche Disziplin beigebracht werden.

Laßt alle Hoffnung fahren!

In den Kreisen der Besitzenden trägt man sich mit der Hoffnung, daß die ersten beiden Raten des Wehrbeitrags eine so hohe Summe ergeben werden, daß auf die Erhebung der dritten Rate verzichtet werden kann.

Zurzeit läßt sich auch noch nicht annähernd übersehen, in welcher Höhe die Wehrbeiträge durch die Selbsteinschätzung eingehen werden.

Daß erheblich mehr als eine Milliarde Einkommen wird, stand von vornherein fest, daß aber so viel Vermögen vorhanden ist, das bisher der Besteuerung entzogen wurde, das hat selbst die Steuerbehörden überrascht.

Ausland.

Frankreich.

Der Kongress der sozialistischen Partei Frankreichs. In der alten nordfranzösischen Stadt Amiens trat am Sonntag, den 25. Januar, der neunnte Nationalkongress unserer französischen Bruderpartei zusammen.

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

Sechs Uhr abends. Ich liege im Bett. Ueber mir im ersten Stock fängt an, lebendig zu werden.

Die Zeit war gekommen, wo Duff, der Weker Bildhauer freikam. Er hatte die zwei Jahre Zuchthaus tapfer ertragen. Am Vorabend seiner Entlassung wurde er, wie üblich, in eine 'Abschiedszelle' gesperrt.

Zehn Uhr nachts. Die Trompete bläst auf dem Marktplatz vor dem Zuchthaus den Zapfenstreich.

Der Direktor empfing sie aufs Liebdenwürdigste und erlaubte ihnen, mich während vier Tagen täglich eine Stunde zu sprechen.

ten der auswärtigen Bruderparteien. Die unzerstörbare Einigkeit der französischen Partei habe die günstigsten Resultate gezeitigt.

Nach diesen Worten des Genossen Lecointe sprach der Genosse Müller vom deutschen Parteivorstand.

Die zweite Sitzung begann nachmittags 2 Uhr. Der erste Punkt der Tagesordnung behandelte die erstatteten Berichte.

Die erfolgreiche Tätigkeit zur Ausbreitung der 'Humanität'. In der Diskussion über diesen Bericht wurde gefordert, daß die Agitation noch besser organisiert werde.

Nach einer Aussprache über das gegenwärtige Mitteilungsblatt der Partei 'Le Socialiste', wobei der Wunsch ausgesprochen wurde, das Blatt in eine Revue umzugestalten.

Der Kongress sprach unter lebhaftem Beifall dem Leiter der 'Humanität' sein Vertrauen aus.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

sich vorhanden. Einer der wesentlichsten beruht darin, daß die britische sozialistische Partei, um den Arbeitervertretern größeres Unabgängigkeit den Liberalen gegenüber zu sichern, die Einführung des Proportionalwahlrechts fordert.

Der soeben erschienene Bericht der Labour Party teilt mit, daß rund 186 000 Mfr. Mitgliedsbeiträge im Jahre 1913 gegen 146 800 Mfr. im Vorjahre eingegangen sind.

Nach dem Dank des Vorsitzenden an die auswärtigen Parteien für ihre Anteilnahme an den Beratungen des Kongresses und dem Verlesen der Begrüßungsdelegations wurde die erste Sitzung geschlossen.

Die erfolgreiche Tätigkeit zur Ausbreitung der 'Humanität'. In der Diskussion über diesen Bericht wurde gefordert, daß die Agitation noch besser organisiert werde.

Nach einer Aussprache über das gegenwärtige Mitteilungsblatt der Partei 'Le Socialiste', wobei der Wunsch ausgesprochen wurde, das Blatt in eine Revue umzugestalten.

Der Kongress sprach unter lebhaftem Beifall dem Leiter der 'Humanität' sein Vertrauen aus.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Badischer Landtag.

Eingangs der getrigen Sitzung erfolgte die Abstimmung über den Antrag der Abg. Köhler u. Gen., der eine Forderung der bisherigen Entscheidung der Einzelstaaten für die Erhebung der Zölle und Reichsteuern bezweckt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Gier auf erstattet Abg. Seubert (Centr.) den Bericht der Budgetkommission über den Voranschlag des Ministeriums des Innern.

Die Nationalliberalen schiedten als Gegner den Abg. Dietrich vor, der besonders auf die Bedeutung der Wohnungsreform eingeht, während der folgende Sprecher des Centrums, Abg. Wittmann, besonders die Religion als einen sozial wertvollen Faktor in den Vordergrund stellt.

Gegenüber diesen sich mehr in Kleinigkeiten verlierenden Ausführungen, hoben sich wirkungsvoll die Ausführungen unseres Genossen Süßkind ab, der in 14stündiger Rede die wichtigsten Punkte der sozialen Reformen darlegte.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

19. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Mohrbuth eröffnet die Sitzung um halb 5 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bismarck, Ministerialrat Wolpert und Ministerialdirektor Pfeiffer.

Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen: des Gemeinderats Kilsheim, den Weiterbau der Bahn von Harbheim über Kilsheim nach Wertheim betr.; der Gemeinden Mörich und Neuburg über um Erstellung eines Bahnhofs; von Vertretern der beteiligten Gemeinden um Berücksichtigung der Linie Sinsheim-Eichersheim-Oettingen.

Sauptbahn bei Einführung des staatlichen Automobilverkehrs; der Frauenfürsorgevereine des Bundes zum vorliegenden Gesetzentwurf über Berufsvormundschaft; des Ausschusses von Staatsbeamten in Offenburg um Einziehung der Stadt Offenburg in die 1. Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs; des Verbandes der Polizei- und Gemeindevorstände.

linganzüge aufkaufte, die beherren an Bayern und Arbeiter verkaufte, und die anderen als Lumpen verhandelte. Der widerspenstige Degenhart, den man gezwungen hatte, seine Zivilkleidung anzuziehen, begab sich spornreich zu Schnapper, leistete sich ein vollständiges Sträflingskostüm, das ihn am selben Tag wie er berednet hatte, wieder ins Zuchthaus zurückbrachte.

Die Zeit war gekommen, wo Duff, der Weker Bildhauer freikam. Er hatte die zwei Jahre Zuchthaus tapfer ertragen. Am Vorabend seiner Entlassung wurde er, wie üblich, in eine 'Abschiedszelle' gesperrt.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Jedienteten des Landes in Betreff der Revision des Gemeindefürsorgegesetzes...

Weiter gingen ein: Schreiben des Großh. Ministeriums der Finanzen mit Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation...

Ministerialrat Wolpert beantwortet die Anfrage des Abg. Seubert u. Gen., wann die voraussichtliche Inbetriebnahme der Strecke...

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Abg. Köppler u. Gen., die Reichsberatung an Baden für die Erhebung und Bewirtschaftung der Zölle...

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Abmann wird in die Generaldebatte über das Ministerium des Innern eingetreten.

Abg. Seubert (Str.) erstattet den Bericht der Budgetkommission. Der Berichterstatter bedauert, daß bei einzelnen Positionen nicht größere Beträge angefordert worden sind...

Abg. Dietrich (nall.) hebt hervor, daß ihm ein Hauptgegenstandspunkt scheint, nicht fortwährend die Gesetze zu ändern, sondern zu versuchen, die Bevölkerung in die neuen Gesetze einzulassen...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

Abg. Süßkind (Sax.) Es muß anerkannt werden, daß im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist...

sehegebung glaube man, daß die Arbeiter sich mit den bestehenden Verhältnissen ausöhnen würden...

Der Grund- und Hausbesitz wird die Frage des Kleinwohnungsbaus an Gemeinde und Staat abtreiben müssen...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

Abg. Wittenmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus...

ten zur Bekämpfung dieser Volkschädigung eine eigene Lebensversicherung gründeten...

hat so viel mit der Sozialdemokratie zu tun, als wie mit der Zentrumspartei...

Der Medner wendet sich nunmehr dem Apothekenwesen zu. Eine Verstaatlichung des Apothekenwesens ist...

betrifft, so bekämpfen wir diese. Denn hierdurch wird die Industrie und der ganze Verkehr geschädigt...

wird vor allem durch die leueren Lebensmittelverhältnisse herbeigeführt...

ist heute noch nicht durchgeführt. Ähnlich liegt es beim Wohnungswesen...

stellt gegen das sich die gesamte Arbeiterchaft, selbst die Gelben, wendet...

wird eine verschiedene Behandlung angewendet. Dies beweist am besten die Tatsache...

Erfreulich ist, daß die Gebäudefürsorgeanstalt ihre Interesse nunmehr auch der Wasserwerkverfugung zuwendet...

beträchtliche Mittel eingestellt werden. Die Regierung sollte den motleibenden Bevölkerung jederzeit entgegenkommen...

Die Kontrolle der Schulheute verliert sich oft in Kleinlichkeiten, wie ein Mannheimer Fall mit dem „Blumenpeter“ beweist...

nächst Sitzung: Donnerstag vormittag 10 Uhr, Fortsetzung der Debatte.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr.

Antrag des Abg. Koll (Sax.) u. Gen.: Beseitigung der Fahrkartensteuer betr.

Siehe Zweite Kammer wolle beschließen, die Großh. Regierung zu ersuchen, im Bundesrat einen Antrag auf Beseitigung der Fahrkartensteuer zu stellen.

Badische Politik. Unterfrosen. Wir lesen in der „Heidelberger Zeitung“ vom 27. I. d. M. unter „Die Landesausstellung für Kunst, Gewerbe und Industrie in Karlsruhe“...

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter haben von jeher alle Mittel zur Förderung des Handwerkes bewilligt und werden auch im vorliegenden Fall kaum eine andere Stellung einnehmen...

Die Lebensversicherungsbanken bilden einen Kreislauf für das Volk, weil oft ein Teil der bezahlten Summen verloren geht.

leben oft von der Armut unserer Mitbürger. Ein großer Teil der Gewinne dieser Banken beruht darauf, daß sie bereits eingezahlte Summen für sich behalten...

Theater und Musik.

Unhaltbare Zustände am Hoftheater Karlsruhe.

Am Samstag waren zu der doch gewiß sehr harmlosen „Andine“ Aufführung sage und schreibe drei Gänge notwendig und am Sonntag für die „Meisterfänger“ Aufführung „nur“ zwei...

Das dreifache Gastspiel bei der „Andine“ Aufführung kann nur als eine Folge dieser Zustände bezeichnet werden...

Hypothekendarlehen

hällig verpfändet. Auch bei den sogenannten mündelsicheren Papieren werden häufig Gelder verloren...

Gründung staatlicher Hypothekendarlehen

denken soll. In einer Reihe anderer Länder hat der Staat die Hypothekendarlehen des Landes in der Hand...

Versicherungsgesellschaften

leben oft von der Armut unserer Mitbürger. Ein großer Teil der Gewinne dieser Banken beruht darauf, daß sie bereits eingezahlte Summen für sich behalten...

zu ihrem Interesse geht, dann Gosianna, wenns zum Interesse ihrer ohne Verschulden arbeitslos gewordenen Arbeiter gehen soll, dann kruzigt ihn. Zimmer konsequent!

Bei den Freiburger Nationalliberalen

scheint es, wie wir aus einem Artikel der Freiburger „Volkswacht“ entnehmen, stark zu frischen. Zur Parteiloswerdung ihres bisherigen Organs kommt, wie die „Straßb. Post“ mitteilt, das Ausscheiden des Parteisekretärs aus dem nationalliberalen Sekretariat für den 5. badischen Reichstagswahlkreis; er übernimmt die Redaktion einer außerbadischen Zeitung. Der Trigonometrie Frey wird im Vorfuß der Partei durch den Landtagsabgeordneten Götz erlegt. Frey ist nach Konstanz verlegt worden, und es ist selbstverständlich, daß für ihn Ersatz geschaffen werden muß. Über in Freiburg piffen es schon kurz vor den Landtagswahlen die Späßen von den Dächern, daß Frey vielen Nationalliberalen zu weit links stehe und keinesfalls die Mehrheit in der nationalliberalen Kreisorganisation hinter sich habe. So war also schon damals Konfliktstoff vorhanden, und er hat sich jetzt, da der Besitzer der „Freisig. Ztg.“ zwischen sich und der Partei des Lichts gerichtet, noch vermehrt. Die Zentrumsgruppe quittiert denn auch diese Vorkommnisse bei den Freiburger Nationalliberalen mit unerbittlicher Genugtuung. Die „Freiburger Tagespost“ schreibt:

Man wird aus dem, was über die inneren Wandlungen der nationalliberalen Partei bekannt wird, ebenso auch aus dem Weggang des nationalliberalen Parteisekretärs den Schluß ziehen dürfen, die Vorherrschaft der Nationalliberalen in d. Reichstagswahlkreis ist endgültig dahin, die Zeichen „neuer hegischer nationalliberaler Kraft“ deuten nach abwärts.

Und das alles vier Wochen nach den badischen Landtagswahlen, nach dem kräftigen Vorstoß der konserdativ-zentrumsmäßigen Reaktion. Ein mutiges Zurückweichen der Nationalliberalen im Parlament, in der Presse und in der Organisation scheint die einzige Antwort auf das Vordringen des Zentrumsgeistes zu sein. Das ist wahrlich mehr als kläglich!

Der Generalpardon für den Wehrbeitrag

soll nach dem „Bad. Beob.“ eine sehr günstige Folge für die Steuerverwaltung durch Erhöhung der bisherigen Anmelddaten auch zur bad. Vermögenssteuer gehabt haben. Wenn sich dies in erheblichem Maße bestätigt, so wäre es für die Reichs- und Landesfinanzen sehr erfreulich. Das zeigt aber auch, daß die reichen Leute den Steuerkommissär immer zu hintergehen verziehen.

Die Ausbildung des badischen Lokomotivpersonals

Die Bestimmungen über die Zulassung der Lokomotivführer zum Besuch des Ausbildungskurses bei der Hauptwerkstätte sind neu geregelt worden. Voraussetzung zur Zulassung zu der Feizerschule ist, daß der Anwärter mindestens ein halbes Jahr in einer badischen Eisenbahnwerkstätte als Schlosser beschäftigt war und seit mindestens einem Jahr ständig als Geselle im Fachdienst verwendet ist. Für die Reihenfolge zur Zulassung zu der Schule ist im allgemeinen der Tag des Eintritts in die Werkstätte maßgebend, wenn der Eintritt nach Ableistung des Militärdienstes erfolgt. Leuten, die drei Jahre beim Militär haben dienen müssen, kann unter Umständen ein Teil der Militärdienstzeit auf die Eisenbahndienstzeit angerechnet werden. Im übrigen gilt als Tag des Eintritts frühestens der 1. Oktober desjenigen Jahres, in dem der Bewerber das 22. Lebensjahr vollendet hat.

Im allgemeinen soll durch diese Bestimmungen erreicht werden, daß die Leute nicht zu früh, womöglich erst im 22. Lebensjahr in den Eisenbahndienst eintreten, da es erwünscht ist, daß sie sich zunächst bei Privatfirmen gute praktische Kenntnisse aneignen. Demnach sei noch, daß zur Verwendung im Lokomotivdienst nur Schlosser oder Mechaniker angenommen werden. Maschinenflossler haben den Vorzug.

Zur Richtigstellung.

Aus Bretten schreibt man uns: Der Artikel im „Volkstempel“ über „Militärische Bundesdemut“ bezügl. der Resolution, die der hiesige Militärverein im Falle Baden gefordert hat und dem Obersten Reuter seine „Anerkennung und Hochachtung“ für sein Verhalten ausdrückt, bedarf hinsichtlich des letzten Absatzes einer Richtigstellung. Dort wurde angeführt, daß der nationalliberale Abg. Dr. Gerber als Gauvorsitzender in dem Militärverein eine große Rolle spielt und anzunehmen sei, daß Herr Dr. Gerber mit diesem Beschlusse einverstanden sei. Dem ist nicht so. Derjenige, der die hiesigen Verhältnisse kennt, weiß, daß der Gauvorsitzende und der Militärverein (wie man sagt) spinnere sind und wurde auch kurz vor Weihnachten auf dem Militärvereinsgautag mit überwältigender Stimmenmehrheit der Antrag angenommen, daß beim bad. Militärvereinsverband der Antrag auf Ausschluß des Brettenen Militärvereins gestellt werden soll wegen seiner Seitensprüche, die dieser zum großen Gaubium aller Nichtpatrioten ausführt. Der Abg. Dr. Gerber hat demnach mit der militärischen Bundesdemut nicht das mindeste zu tun.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Januar.

Am Bundestagstisch ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen. Aus Anlaß der 200. Sitzung ist der Platz des Präsidenten mit Blumen geschmückt.

Um 1/2 11 Uhr eröffnete Präsident Raempp die Sitzung und dankte zunächst für die Blumenpende. Gleichzeitig teilte er mit, daß er die Glückwünsche des Reichstags dem Kaiser zu seinem Geburtstag übermittelt habe. Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Inneren fortgesetzt.

Abg. Wiesberts (Zentr.): Die beste Sicherung der Arbeiter besteht in einer möglichst umfangreichen Unfallversicherung. Auch der Arbeitsnachweis muß ausgebaut werden. Die Wohnungsfrage und das Heimarbeitergesetz müssen schleunigst erledigt werden. Die Versicherungspflicht für sämtliche Gastwirtschaftlichen muß baldigst erfolgen. Das Schutzalter für Jugendliche und Kinder ist zu erhöhen. In weiten Kreisen des Volkes bis in die Regierungskreise hinein macht sich eine soziale Müdigkeit bemerkbar. Von dieser besteht heute noch eine ungeheure Menge Not und Elend, namentlich in der Heimarbeit. Die abgehenden Industriellen und Techniker sollten eine soziale Schulung erhalten, damit mehr soziales Verständnis in weiten Kreisen des Volkes geweckt wird. Das Streikpostensystem darf nicht beibehalten werden. Die Arbeitgeber müssen sich mit dem Organisationsgedanken abfinden. Wir wollen die Koalitionsfreiheit haben. Unsere Gesetze genügen, um Ausbreitungen zu verhindern. Einen Stillstand gibt es in der Sozialpolitik nicht. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Meine Ausführungen in der vorigen Woche haben im Hause einstimmige Zustimmung gefunden. Bei meinen Angaben über die Zunahme der Sparlastenquittungen bin ich vom Abg. Gothein mißverstanden worden. Der gewerbliche Mittelstand hat an dem Aufschwung leider nicht so teilgenommen, wie die anderen Erwerbszweige. Die Gründe für das Mißverhältnis beim Mittelstand liegen Sie bereits vor dem wirtschaftlichen Aufschwung vor. Der gewerbliche Mittelstand war bedroht von oben durch den Zusammenschluß von Handel und Industrie zu großen Vereinigungen und von unten durch die Arbeiterkraft mit ihren steigenden Forderungen. Ein großer Teil der Nachkommen und Angehörigen des Mittelstandes trat als Arbeiter oder als Meister in die Betriebe der Großindustrie ein und übte dadurch einen ungünstigen Einfluß auf den Fortbestand des Mittelstandes aus. Die alten Organisationen des Mittelstandes hatten sich scheitern überlebt. Wir sind uns wohl bewußt, welche wirtschaftliche und nationale Kraft wir verlieren würden, wenn der Mittelstand ausgerieben würde. Deshalb müßten wir Mittel finden, um dem vorzubeugen. So mußte der Massenartikel von der Herstellung durch den Handwerker aufgegeben werden. Weiter mußte der Mittelstand wirtschaftlich und technisch geschult werden. Die wichtigste Aufgabe aber war, die alten Handwerkerorganisationen mit neuem Geist zu beleben. Die Förderung des Handwerks in wirtschaftlicher und technischer Beziehung liegt in erster Linie bei den Bundesstaaten. Der große Komplex der Organisationsfragen dagegen liegt dem Reich ob. Das Reich hat schon mehrfach eingegriffen, so bezüglich des Genossenschaftswesens, ferner durch die Ausbildung der Gesellen-Eingelüste und den kleinen Befähigungsnachweis. Damit sind die Aufgaben erfüllt, die uns von den Freunden des Mittelstandes gestellt worden sind. Die Förderung nach Förderung des Handwerks ist allgemein. Über bezüglich der Ausführung der Wünsche gehen die Ansichten weit auseinander. Mit Enquete ist nicht viel geblieben. Mehrere Gesetzentwürfe sollten den Handwerkern dienen, so das Wanderscheinegesetz und das Gesetz über die Regelung der Sonntagruhe. Das Verdingungsweesen wird gegenwärtig durch eine besondere Kommission bearbeitet. Soffentlich steht diese davon ab, eine gesetzliche Regelung zu fordern. Die bestehenden Organisationen des Handwerks genügen für diesen Zweck nicht. Wir müssen eine Zentralstelle für das Verdingungsweesen schaffen. Auf Grund der Klagen des Mittelstandes über heimischen Warenhandel der Beamten ist dieser bereits verboten worden. In gleicher Weise sind wir gegen den unlauteren Wettbewerb, namentlich gegen das Zugabewesen, vorgegangen. Das wichtigste ist das Organisationsweesen im Handwerk. Bei der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk handelt es sich darum, eine möglichst breite Grundlage zu finden, um die Großbetriebe, die Modellfabriken, dem Handwerk zu erhalten. Die Aufhebung des § 100a der Gewerbeordnung wird nicht mehr so stürmisch verlangt wie früher. Die verbündeten Regierungen bedauern, daß der gewerbliche Mittelstand nicht in der gewünschten Weise am wirtschaftlichen Aufschwung teilgenommen hat. Hierin Wandel zu schaffen, werden wir stets bemüht bleiben. (Beifall.)

Abg. Wötter (Natl.): Eine Beeinträchtigung der Koalition wünschen wir nicht. Ein Koalitionszwang, der zum Terrorismus führen würde, darf nicht stattfinden. Infolgedessen haben auch die neuen Gewerkschaften ihre Berechtigung. Sie haben ihre Kämpfe durchzuführen, eventuell durch Streik. (Zuruf bei den Soz.): Sie dürfen ja gar nicht streiken! Redner fortsetzend: Da sind Sie (zu den Soz.) gewendet! Schlecht unterrichtet. Von einer Ruhe in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. Bezüglich der Handelspolitik müssen Industrie und Landwirtschaft auf dem Boden sein, wenn es doch nötig werden sollte, den Zolltarif beim Abschluß neuer Handelsverträge zu revidieren. Berechtig ist der Wunsch des Handwerks, bei allen wirtschaftlichen Fragen gehört zu werden. Gegen die Schwindelausschlüsse muß endlich nachdrücklich eingeschritten werden. Das Gesetz zur Sicherung der Bauvorhaben ist sehr durchzuführen. Die Baunehmter müssen hinsichtlich der Verwendung der Baugelder kontrolliert werden. Die Hypothekengläubiger bedürfen eines größeren Schutzes. Das Zugabewesen ist scharf zu bekämpfen. (Beifall.)

Ministerialdirektor Caspar: Von einem Stillstand in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. Injere Beamtenchaft ist sozialpolitisch geschildert wie keine andere. Abg. Borsthaus (F. Wp.): Das Handwerk hat erkannt, daß es bei dem Kartell der schaffenden Arbeit nichts zu holen hat, da dieses nur ein Ableger des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist. Die Konserwativen sollten nicht behaupten, daß sie den Mittelstand schützen wollen. Im Gegenteil wird über Leute, die auch zum Mittelstand gehören, aber nicht konserbativ wählen, stets der Boykott verhängt; vielleicht auch über Handwerker, wenn sie nicht mehr zu den ihnen vom Großgrundbesitz zugewiesenen Preisen arbeiten. Bei der Enquete über die Lage des Handwerks sollte der Kostenpunkt keine Rolle spielen. Wünschenswert wäre es, wenn das Reichamt die Wünsche des Handwerks etwas schneller berücksichtigen würde. Die Aufhebung des Weckstempels, der den Mittelstand erheblich belastet, muß immer wieder gefordert werden. Weiter bespricht der Redner eingehend Handwerkerfragen. (Vizepräsident Dr. Baasche erwidert dem Redner, daß er über Dinge auszusagen, die wenigstens einigermaßen im Zusammenhang stehen mit der Debatte über das Gehalt des Staatssekretärs. Geheiterkeit.) Die Handwerker sollten sich nicht vom Bund der Handwerker einsperren lassen. Das Handwerk solle sich lieber den bestehenden, gesetzlich anerkannten Organisationen anschließen. (Beifall links.)

Abg. Kurgawski (Kole): Für viele tausende ausländischer Arbeiter gibt es kein Gesetz, das ihre Interessen wahrnimmt. Schon 1911 haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die polnischen Sekretariate zur Vermittlung der Arbeitsstellen haben mit Politik nichts zu tun. Ihre Bestrebungen zur religiösen und sittlichen Erziehung der Ausländer werden aber von dem Ostmarken-Verein durchkreuzt. Die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der polnischen Arbeiter lassen zu wünschen übrig. Auch die Befandlung spottet jeder Beschreibung. Schimpfworte wie „Polnisches Schwein!“ sind an der Tagesordnung. (Vizepräsident Baasche bittet den Redner, nicht auf Einzelheiten einzugehen.) Die polnische Sprache ist in Preußen verboten. Wir verlangen gesetzliche Regelung des Schutzes der ausländischen Arbeiter. Darauf wird die Weiterberatung auf morgen, Donnerstag, 1 Uhr, vertagt. — Schluß 1/2 11 Uhr.

Kommunalpolitik.

Die sogenannte Selbstverwaltung in den Gemeinden.

In der Gemeinde Eichlinghofen bei Dortmund haben unsere Genossen seit Jahren die Mehrheit in der Gemeindevertretung. Sie sind stets auf das Wohl der Gemeinde bedacht und haben auch schon manches erreicht. Sobald es sich aber um Beschlässe handelt, die nach der Landgemeindeordnung der Bestätigung des Landrats oder der Regierung bedürfen, sind sie für die Sache gefast. Die Gemeinde Eichlinghofen bildet mit Barop einen gemeinsamen Schulverband. Die Eichlinghofener Gemeindevertretung setzte am 28. Dezember den Beschluß, in den Schulverband des Gesamtverbandes sowohl wie in die evangelische Schulkommision je zwei Genossen zu entsenden. Die Genossen sind ältere Familienväter, deren Taft sicherlich sehr dienlich gewesen wäre. Der Amtmann leit aber mit, daß kein einziger der gemäßigten Genossen der Regierung beistimmt worden ist. Aber auch andere Beschlässe, gegen die der Sozialisten nicht ins Feld geführt werden kann, sind annulliert worden. Die Gemeindevertretung setzte den Beschluß, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen. Dieser Beschluß ist gesetzlich begründet, die Steuer gerecht, und unzählige Gemeinden und Städte haben sie eingeführt. Die zur Durchführung notwendige Bestätigung wurde verweigert. Die Gemeindevertretung beschloß die steuerliche Freilassung der Einkommen unter 600 M. Wiederum wurde die Bestätigung verweigert. Das ist auf die Gemeinde. Die Bestätigung wurde verweigert. Das ist die herrliche preussische Selbstverwaltung! Das ist die Achtung der Regierung vor dem Willen der vom Volke Gewählten! In den Beschlüssen liegt nichts Staatsstreichendes, sie alle sind auf das Wohl der Gemeinde gerichtet. Aber die Regierung verweigert jedem Beschluß, der von Sozialdemokraten ausgeht, ihre Zustimmung. Nachher haben es die bürgerlichen Geschäftsmacher und Interessenpolitiker leicht, auf solche Gemeinden zu verweisen: Was hat die sozialdemokratische Mehrheit geleistet? Umsonst ist es notwendig, dieses fährende Eingreifen der Regierung aufs schärfste zurückzuweisen.

worden ist. Aber auch andere Beschlässe, gegen die der Sozialisten nicht ins Feld geführt werden kann, sind annulliert worden. Die Gemeindevertretung setzte den Beschluß, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen. Dieser Beschluß ist gesetzlich begründet, die Steuer gerecht, und unzählige Gemeinden und Städte haben sie eingeführt. Die zur Durchführung notwendige Bestätigung wurde verweigert. Die Gemeindevertretung beschloß die steuerliche Freilassung der Einkommen unter 600 M. Wiederum wurde die Bestätigung verweigert. Das ist auf die Gemeinde. Die Bestätigung wurde verweigert. Das ist die herrliche preussische Selbstverwaltung! Das ist die Achtung der Regierung vor dem Willen der vom Volke Gewählten! In den Beschlüssen liegt nichts Staatsstreichendes, sie alle sind auf das Wohl der Gemeinde gerichtet. Aber die Regierung verweigert jedem Beschluß, der von Sozialdemokraten ausgeht, ihre Zustimmung. Nachher haben es die bürgerlichen Geschäftsmacher und Interessenpolitiker leicht, auf solche Gemeinden zu verweisen: Was hat die sozialdemokratische Mehrheit geleistet? Umsonst ist es notwendig, dieses fährende Eingreifen der Regierung aufs schärfste zurückzuweisen.

Die Konkurrenz schlägt sich um Lohr. Eine zwanglose Zusammenkunft von Bürgerauschussmitgliedern aller Fraktionen fand am Montag abend in der Brauerei Jaßler statt. Durch die Bemühungen einiger Herren ist es gelungen, nachdem die G.L.B. in Berlin in ihrem allerletzten Wort kategorisch fundiert hatte, was die Stadt von ihr erwarten konnte, bedeutend weitergehende Zugeständnisse von der Rheinischen Schuler-Gesellschaft zu erlangen, die der Stadt größere Vorteile gewähren und es in viel kürzerer Zeit zu leichteren Bedingungen ermöglichen, das Werk völlig zu erwerben. Zunächst wird sich wohl der Stadtrat mit dieser neuen Situation zu befassen haben, nachdem sich auch die oben erwähnte Versammlung fast ausnahmslos für diese neuen Vorschläge ausgesprochen hat. Die sozialdemokratische Fraktion nahm am Dienstag Stellung zu der veränderten Sachlage.

Das Zentrum an der Arbeit. Die Herren vom Zentrum halten sich bei ihren Entschreibungen über Personalfragen selten an die Grundzüge persönlicher Leistungsfähigkeit. Die Aktionäre dürfen nicht für sie einen Amt von ihnen haben will. Die Stadtverwaltung Wien leistet in dieser Beziehung bekanntlich Hervorragendes. Aber auch bei uns in den deutschen Städten fehlt es nicht an diesbezüglichen Erscheinungen. Im Stadtverordnetenkollegium zu Wiesbaden kam es vorige Woche zu einer Partitüdebatte. Den Anlaß dazu gab ein Artikel des Zentrumsorgans, in dem die vor 14 Tagen erfolgte Wahl des evangelischen Ministerialsekretärs Dr. Heß aus Darmstadt zum Weigeordneten Wiesbadens ein „empörender Akt von Intoleranz“ genannt wurde. Zugleich wurde darin die Behauptung aufgestellt, dem Zentrum sei bei der Wahl des 2. Bürgermeisters Travers das Versprechen gegeben worden, daß das nächste Mal ein Katholik zum Weigeordneten gewählt werde. Nur dieses Versprechen habe die Zentrumsstadtverordneten (es sind ihrer drei) bezogen, für den Nationalliberalen Travers zu stimmen. Die Falschheit ist „alt lachend und höhnisch“ gebrochen worden. Zunächst darf festgestellt werden, daß die Wahl des Bürgermeisters Travers auch ohne die Zentrumsstimmen gesichert war, daß also kein Mensch ein Interesse daran hatte, um die drei Stimmen des Zentrums zu werben. In der Stadtverordnetenversammlung liegen jetzt die Freisinnigen und Nationalliberalen erklären, daß ihnen von einem Wahlaktomen mit dem Zentrum nichts bekannt ist. Die Zentrumsleute selber erklärten, sie hätten sich nicht durch das in der „Mheinischen Volkszeitung“ erwähnte Versprechen für Travers fördern lassen. Den Vorwurf der Importation hielten sie indes aufrecht. Die gesamten liberalen protestierten entschieden gegen diesen Vorwurf und stellten fest, daß bei der Wahl eines städtischen Beamten stets nur nach der Nützlichkeit und niemals nach der Konfession gefragt werde. Was nützt der Protest? Katholiken müssen eingestellt werden, so will es das Interesse des Zentrums.

Neues vom Tage.

Drahtloses Telegramm.

Berlin, 28. Jan. Nach einer Mitteilung der Hochfrequenz-Maschinen-Aktiengesellschaft hat ihr der Kaiser ein an den Präsidenten Wilson gerichtetes Telegramm zur drahtlosen Übertragung nach Amerika übergeben. Die Gesellschaft befindet sich Station in Elbese bei Hannover hat diese Depesche direkt drahtlos weitergegeben und die Empfangsstation Ludwinton in Amerika hat den fehlerfreien Eingang bestätigt. Die Entfernung zwischen Aufgabe und Empfangsstation beträgt 6500 Kilometer.

Verhandlung gegen den Grafen Nelszinski.

Berlin, 28. Jan. Graf Nelszinski, der bekanntlich in Berlin auf seinen Weisheitskranz hin untersucht wurde, ist wieder nach Graz zurückgekehrt. Das Ergebnis der Untersuchung wird streng geheim gehalten. Die Verhandlung gegen den Grafen soll am 23. Februar stattfinden.

Ueberfälle arabischer Räuberbanden.

Dhessa, 28. Jan. Eine vom Dampfer „Lagares“ hier eingetroffene Depesche besagt, daß unweit Meffa eine Karawane von bewaffneten Arabern überfallen wurde. 60 Pilger sind getötet worden. Derartige Ueberfälle haben sich in der letzten Zeit mehrfach ereignet, ohne daß die Räuberbanden unschädlich machen konnte. Etwa 500 Opfer sollen bisher in das gut organisierte Räuberneze geraten sein.

Explosionsunfall.

Nizza, 28. Jan. Heute früh ist auf der im Bau befindlichen Straße Nizza-Guinea im Tunnel durch den Col de Braus eine Mine zu früh explodiert. Dabei wurden drei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Explosion.

Genua, 28. Jan. Heute nachmittag ist zwischen Masane und Mele das dort gelegene Pulvermagazin Krazzi in die Luft geflogen. Die Detonation wurde weithin gehört. Aus Ostria, wo die Bevölkerung in große Unruhe geriet, haben sich die Behörden und die Einwohner an den Ort des Unglücks begeben, um Hilfe zu bringen. Die Wundungen sprechen von fünf Toten und mehreren Verletzten. Einzelheiten fehlen noch.

Das heilige Land modernisiert. Jerusalem, 28. Jan. Unter dem neuen Gesetz über die Villateits hat das französische Bankhaus Perier eine auf 40 Jahre laufende Konzession erhalten zum Bau einer Trambahn von Jerusalem nach Belchem, zur Inbetriebung der elektrischen Beleuchtung in der Stadt und zur Einrichtung einer Wasserleitung vom Badi Torah.

Einfall aus dem Osten in Japan. Tokio, 28. Jan. Infolge russischer Ausbrüche hat sich in einer Entfernung von acht Kilometern von den Bonininseln eine neue Insel gebildet.

Großes Unglück im Röhrenbau.

Tokio, 27. Jan. Vier sind nach Blättermeldungen in einem japanischen Röhrenbau im ganzen 58 Arbeiter, 16 Frauen und ein Mann umgekommen; 10 Personen wurden verletzt.

der alten Brauerei Kammerer zusammen. Eine Abteilung der Artilleriekapelle Nr. 50 hat den musikalischen Teil übernommen. Da ein außerordentliches Programm aufgestellt ist, sowie die gesamten Bühnendekor (Baden-Württemberg usw.) ihr Erscheinen zugesagt haben, dürfte auch diese Sitzung wieder eine besonders anziehende Kraft ausüben und allen Teilnehmern genussreiche Stunden in Aussicht stellen.

Ueber vorgeburtliche Erziehung, ein Weg zur Beseitigung der Massen, wird heute abend halb 9 Uhr im Eintrachtsaal in einem volkstümlichen Vortragsabend Frau Vera Hillius sprechen. Jeder Mann, jede Frau, auch jugendliche erwachsene Personen beiderlei Geschlechts, besonders aber werdende Mütter, sollten diesen wichtigen Ausführungen beiwohnen.

Frauenbildung — Frauenstudium. Wir machen nochmals auf den heute abend halb 6 Uhr im Singaal der Pflanzenschule, Sofientstr. 14, stattfindenden Vortrag über „Berufsweg und Spitz“ von Herrn Dr. Bier aufmerksam.

Letzte Nachrichten.

Die Forderungen der christlichen Tabakarbeiter.

Heidelberg, 28. Jan. Nachdem der Zigarrenarbeiterverband in seiner am 23. Oktober v. J. stattgehabten Generalversammlung die Eingabe des christlichen Tabakarbeiterverbandes um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit dem Hinweis auf den schlechten Geschäftsgang und ungenügender Rentabilität abgelehnt hat, beschloß eine Bezirkskonferenz des christlichen Tabakarbeiterverbandes, diese Antwort zu erwidern und neue Vorschläge zu machen. Dieses ist auch geschehen, und es wurde vorgeschlagen, die Lohnfrage zurückzustellen und vorerst nur über die allgemeinen Forderungen, wie Einführung von Arbeiterausschüssen, Anhörung derselben bei Feststellung der Löhne, Ausschließen der Lohnstabellen usw. zu verhandeln. Der Zigarrenfabrikantenverband hat nun auch die neuere Eingabe abgelehnt. In seinem Schreiben, das am 21. Januar bei der Bezirksleitung einlief, wird mitgeteilt, daß kein Grund vorliege, von dem am 23. Oktober gefaßten Beschluß abzuweichen.

Württemberg und die Kabinettsordre von 1820.

Stuttgart, 28. Jan. Auf die kürzlich im Landtag von der Volkspartei und dem Zentrum eingebrachte Anfrage bezüglich des Einschreitens von Militär bei inneren Unruhen hat die Regierung schriftlich geantwortet, daß in Württemberg ein Eingreifen des Militärs nur nach ergangener Aufforderung durch die Zivilbehörde erfolgen kann. Die württembergische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Kabinettsordre von 1820 in Württemberg durch die Militärkonvention nicht zur Einführung gelangt ist. Schon im Jahre 1893 ist eine Anweisung in diesem Sinne an die Zivilbehörden und ebenso auch an das 13. württembergische Armeekorps ausgegeben worden.

Abdankung der elsass-lothringischen Regierung.

Strasbourg, 28. Jan. In der heutigen Kommissions-sitzung des Landtages gab auf eine Anfrage des Abg. Sauf Staatssekretär Frhr. Born v. Sulach die Erklärung ab, die Gesamtregierung von Elsaß-Lothringen habe die Konsequenzen aus den Zaberner Vorfällen gezogen. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen worden.

Vom elsass-lothringischen Landtag.

Strasbourg, (Elsaß), 29. Jan. In der gestrigen Budgetkommissions-sitzung der 2. Kammer, in der der Staats-

sekretär Born v. Sulach die bereits mitgeteilte Erklärung betreffend die angebotene Demission der Gesamtregierung abgab, wurden der „Straßb. Post“ zufolge beim Etat des Statthalters die Repräsentationskosten des Statthalters gemäß dem vorjährigen Beschluß auf 100 000 Mk. (Etatpost 200 000 Mk.) festgelegt. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Dispositionsfonds zu streichen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ebenso bei dem Etat der Finanzverwaltung der analoge Antrag auf Streichung des Kaiserlichen Gnadenfonds. Nur zwei Zentrumsvertreter stimmten für die Streichung mit.

Der Streit um die christlichen Gewerkschaften.

Berlin, 28. Jan. Der neu entbrannte Streit um die christlichen Gewerkschaften hat den Geh. Justizrat Dr. Borck in Breslau veranlaßt, sein Amt als fürstbischöflicher Konfistorialrat niederzulegen. Dr. Borck hatte im Winter 1912 von Fürstbischof Kardinal Dr. Kopp ein Schreiben erhalten, das im Sinne der ausgleichenden Tendenz gehalten war, mit der die Freunde der christlichen Gewerkschaften die durch die päpstliche Enghelita entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden suchten. Da Kardinal von Kopp jetzt in dem Schreiben an den Grafen von Oppersdorf diese Tendenz unter Berufung auf autoritätsfeindliche Neußerungen christlicher Gewerkschaftsführer ausdrücklich mißbilligt, gilt jene Bemühung als endgültig gescheitert. Zur Niederlegung seines bischöflichen Amtes mag Geheimrat Dr. Borck sich um deswillen bewegen gefühlt haben, weil er stets zu den lebhaftesten Befürwortern einer Verständigung zwischen den katholischen Fachvereinigungen und den christlichen Gewerkschaften gehört hat.

Das 99. Inf.-Regiment.

Berlin, 28. Jan. Der Reichstagsabgeordnete Sittart (Str.) hat an den Reichskanzler folgende Anfrage gerichtet: Infolge der Vorgänge in Zabern ist das 99. Infanterie-Regiment aus seiner Garnison in die Baracken von Hagenu-Bitsch verlegt worden. Diese Verlegung wird, zumal sie in einen so harten Winter fällt, als eine schwere Strafe empfunden und zwar nicht nur von den Beteiligten, sondern von dem Volk und in erster Linie von den Angehörigen derjenigen Offiziere und Mannschaften des 99. Infanterie-Regiments, welche keinen Anlaß zu der Verlegung des Regiments gegeben haben. Ich richte an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob und wie lang die bitter empfundene Befragung des ganzen Regiments ausgedehnt werden soll, bzw. wann das Regiment wieder seiner früheren oder einer anderen Garnison überwiesen werden wird.

Kohlenrägerstreik.

London, 28. Jan. Der Streik der Kohlentransportarbeiter ist beendet. Eine große Anzahl von Arbeitern hat die Arbeit wieder aufgenommen und fortgesetzt kehren zahlreiche Arbeiter an die Arbeit zurück. Der Präsident des Syndikates erklärte, daß die Arbeiter darum die Arbeit wieder aufgenommen haben, damit die Arbeitgeber auf ihre Forderungen eingehen. Einige Arbeitgeber haben heute Lohnerhöhungen bewilligt.

Zur Lage in Mexiko.

Mexiko, 28. Jan. Eine Verschwörung gegen Huerta, an deren Spitze General Gonzales und Oberst Bilo stehen, ist aufgedeckt worden. Die Polizei verhaftete 42 Teilnehmer an der Verschwörung, unter ihnen 22 Deputierte. Sie

wurden teils ausgewiesen, teils erschossen. Man stellte fest, daß sie im Monat Februar einen Staatsstreich versuchen wollten. In Veracruz wurden in Verbindung mit der Verschwörung ebenfalls mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Neuwahlen für die bulgarische Sobranje.

Sofia, 28. Jan. Gestern ist ein königlicher Ukas erschienen, der den Termin der Neuwahlen für die Sobranje auf den 8. März festsetzt. Die Neuwahlen werden auch für Neu-Bulgarien durchgeführt werden, das 41 Deputierte zu stellen hat.

Aufstand auf Haiti.

New-York, 28. Jan. Wie aus Port au Prince gemeldet wird, ist der Präsident von Haiti mit seiner Gemahlin an Bord des deutschen Kreuzers „Vineta“ geflüchtet. In der Stadt Haiti hat ein erbitterter Kampf begonnen. Deutsche und amerikanische Matrosen sind ans Land gesetzt worden.

Port au Prince, 28. Jan. Bewaffnete Abteilungen amerikanischer Matrosen bewachen die amerikanische Gesandtschaft, das Telegraphenamt und das städtische Krankenhaus. Deutsche Matrosen sind vor den übrigen Gesandtschaften und vor den deutschen Geschäften auf Posten gezogen. Gestern hörte man in allen Stadtteilen fortgesetzt Gewehrfeuer. In der Nacht wurden verschiedentlich Raubversuche unternommen, die jedoch sämtlich unterdrückt werden konnten. Heute herrscht Ruhe.

Deportation der Arbeiterführer.

Kapstadt, 28. Jan. Ueber die gestrige Deportation der zehn Arbeiterführer wird das strengste Stillschweigen gewahrt. In Transvaal und Natal verhinderte die Zensur, daß etwas davon in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Die zehn zur Deportation verurteilten Arbeiterführer kamen von Transvaal her um Mitternacht in Durban an und wurden unter starker Bedeckung in einen Sonderzug gebracht, der direkt bis zur Einschiffstelle ging. Dort wurden sie schnell auf einen Dampfer übergeführt, der sofort in See ging. Bis jetzt ist der Vorgang in Südafrika noch völlig unbekannt.

London, 28. Jan. Unter den 10 Arbeiterführern, die auf Veranlassung der Regierung der südafrikanischen Union deportiert wurden, befindet sich der Präsident und der Generalsekretär des Arbeiterverbandes und der Sekretär des Verbandes der Eisenbahner. Unter starker Eskorte wurden sie von Transvaal nach Natal gebracht und gestern Abend auf einem Dampfer eingeschifft, der heute Morgen die Fahrt nach England antrat. Die Reise dauert ungefähr einen Monat, obwohl der Dampfer unterwegs keinen Hafen anläuft. Die Deportation geschieht unter dem Kriegsvorrecht.

Briefkasten der Redaktion.

A. L. Ostst. Die elsässische Landesfarbe war bis jetzt rot-weiß.

Rechten. Senden Sie Ihre Liquidation ein. Selbstredend bekommen Sie Ihre Vergütung.

F. St. in D. Im Jahre 1900 hatte das Deutsche Reich 4553 Millionen Mark Schulden, die inzwischen wohl auf 5 Milliarden angewachsen sein dürften. Die Zinsen kann sich jeder selbst ausrechnen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kober; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Gebrüder Scharff

Frisch eingetroffen:
Schellfische

mittelgroße per Pfd. 34 S
kleine zum Braten per Pfd. 24 S

Süßbücklinge

feinste schwedische per Stück 8 S

Süßrahm-Margarine

Marke „Süssbä“ per Pfd. 90 S
Qual. II „ „ 80 „
Qual. III „ „ 68 „
Zu Qualität I und II Gutscheine.

Pflanzenfett

(bekannt vorzügliche Qualität)

gelb, lose p. Pfd. 60 S
weiss in Tafeln p. Pfd. 68 S

6947

Montag

den 2. Februar beginnt die größte
Veranstaltung des Jahres, unsere

Weißer Woche

Wir bitten um gefl. Beachtung des dem-
nächst erscheinenden 4seitig. Inserates.

Her- **TIETZ** Karlsruhe.



Voranzeige! Beginn der Rabatt-Spar-Tage Weisse Woche Montag den 2. Februar

Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe.

Die Bekanntgabe der beteiligten Firmen folgt.



Dürrobt:

Bosnische Zwetschen

Pfund 25, 32 und 36 Pfg.

extra großtückige Frucht Pfd. 45 u. 50

Zwetschen entsteinte Pfund 55 Pfg.

Plochina-Zwetschen - in Paketen - Pfd. 40 u. 50

Dampfpfäfel Pfund 60 Pfg.

Birnschnitze Pfd. 25 Pfg.

Californische Pfirsiche und Birnen 6829 Pfd. 70 Pfg.

Aprikosen Pfund 90 Pfg. und M. 1.20

Kranzfeigen Pfd. 28 u. 30 Pfg.

Mischobst - Ia. Mischungen - Pfd. 30 u. 40 Pfg. feinstes ohne Stein Pfd. 60



Das Herz bleibt gesund,

wenn Sie statt Bohnenkaffee Quieta-Kaffee-Ersatz verwenden. Sein Wohlgeschmack befriedigt auch den Feinschmecker, er ist koffeinfrei, schadet deshalb nicht den Nerven und raubt nicht den Schlaf. Er ist billig, denn 20 Tassen kosten nur 10 Pfg. In Hotels und Pensionen im täglichen Gebrauch. Pfund-Paket 70 Pfg. in Kolonialwarenhandlungen und Drogerien.

Die Quietapräparate enthalten die wichtigsten Nährsalze, Kalk, Eisen, Phosphor, in löslicher, leicht assimilierbarer Form. Sie sind ärztlich warm empfohlen. Man hüte sich vor minderwertigen Fabrikaten, die keine oder nicht die richtigen Nährsalze enthalten. Man fordere stets ausdrücklich die gesetzlich geschützte Marke Quieta. Wo nicht echt erhältlich, werden Bezugsquellen nachgewiesen von den Quietawerken Bad Dürkheim.

Schwächliche blühen auf,

schwache Nerven werden stark, der Appetit wird gesteigert durch kurzen Gebrauch von Quieta-Malz. Es ist wohlschmeckend und bequem zu nehmen. Der Erfolg ist überraschend. Bei Mageren werden Gewichtszunahme und gefällige Formen rasch erzielt. Hebt körperliche und geistige Leistungsfähigkeit. Dosen zu Mk. 1.- und 1.80 in Apotheken und Drogerien.

Leopold Kölsch

Karlsruhe - Kaiserstrasse 211 Stammhaus gegründet 1844.

Der diesjährige 6913

Inventur-Räumungsverkauf

beginnt

Montag, 2. Februar.

Erwarten Sie diesbezügliche Anzeigen!

Städt. Festhalle Karlsruhe (Grosser Saal).

Mittwoch, den 4. Februar 1914, abends 8 1/2 Uhr:

9. Volkstümliches Symphonie-Konzert (II. Saison).

Ausgeführt von der verstärkten Kapelle des I. Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109. Dirigent: Musikmeister Bernhagen.

Solistin: Fräulein Luise Beck, Karlsruhe (Klavier) 6881

Vortragsordnung:

(Beginn 8 1/2 Uhr. - Ende gegen 10 1/2 Uhr).

I. Teil.

- 1. Eine Fest-Ouverture R. Wagner. 2. Symphonie G-moll Friedr. Gernsheim. Allegro moderato. Larghetto. Scherzo. Finale.

II. Teil.

- 3. Konzert A-moll Grieg. Allegro moderato. Adagio. Allegro marcato. 4. „Moldau“, Symphon. Dichtung Friedr. Smetana.

Stadtpark-Jahreskarten, Kartenhefte und Konzert-Abonnements haben in diesem Falle keine Gültigkeit.

Preise der Plätze: Im Vorverkauf bei den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kaiser-Passage 2, Ecke Kaiser- u. Wald-Strasse, Telefon 1988 (Plätze in der westlichen Hälfte der Halle), und Franz Tafel, Kaiser-Strasse 82a, Telefon 1647, (Plätze in der östlichen Hälfte der Halle) sowie im Kiosk des Verkehrs-Vereins beim Hotel Germania, Telefon 600 (ein Teil der nichtnumerierten Plätze) numerierter Platz (Saal und untere Galerie I. Abteilung, Balkon I. Reihe) 80 Pfg., nichtnumerierter Platz 40 Pfg., an der Abendkasse 1 Mk. und 50 Pfg.

Ausführliches Programm mit Erläuterungen zu 10 Pfg. an den Saaleingängen.

An Zugängen werden - um 8 Uhr - geöffnet (zum Saal und der oberen Galerie) die Eingänge in den beiden Anbauten rechts und links der Festhalle.

Während der Vorträge bleiben die Saaltüren geschlossen. Nach dem ersten Teil findet eine grössere Pause statt.

Rauchen nicht gestattet.

Arbeitsvergebung.

Für die Um- u. Erweiterungsarbeiten der städt. Straßenbahn sollen die nachstehenden Arbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden:

Schreinerarbeiten u. Schlosserarbeiten

Die Zeichnungen und Bedingungen können beim städt. Hochbauamt, Karls-Friedrichstr. Nr. 3, Eingang Bahringersstraße, 2. St., Zimmer Nr. 171, eingesehen bezw. abgeholt werden.

Die Angebote sind bis Mittwoch, 11. Februar d. J., vormittags 11 Uhr, dem Schluss der Ausschreibung, daselbst einzureichen.

Karlsruhe, den 28. Jan. 1914 Städt. Hochbauamt.

Damenrad mit Freilauf und Rücktrittsbremse billig an verl. Luitpoldstr. 24 p.

In 3 Tagen Ziehung

der 6952

Badener Geld-Lotterie

Loose à 1.-, 11 St. 10.- M., solange Vorrat; nächste Woche Stuttgarter, à 2.-, 5 St. 14.-, dann folgen Karlsruhe'er Luft, Säuglings, Einsheimer, Donaueislinger zu 1.- resp. 1.20 M. per Stück, bei mehr billiger. Weitere Sorten im Verkauf bei

Carl Göb, Gebeistr. 11/15, 5. Rathhaus.

Ueberzieher

(wenig getragen) von A. 4.- an (wenig getragen) von A. 4.- an Anzüge neue Muster

zu jedem annehmbarem Gebot, einz. Hosen, Westen, Joppen sehr billig. 6954

Gelegenheits-Kaufhaus Werderstraße 55.

Große, helle Werkstätte

mit Nebenzimmer, auch für Tagelöhne geeignet, sofort od. später zu vermieten bei Karl Rieb, Karlsruhe 20. 6934



Seigwaren

Bruch-Maccaroni Pfd. 28 Pfg.

Maccaroni offen dicke Pfd. 30 Pfg. dünne Pfd. 36 Pfg.

Maccaroni in 1/2 u. 1/4 Paketen Pfund 40, 45 und 55 Pfg.

Eiertüte 65 Pfg. Marke 3 Glocken Pfund 76

Gemüse-Nudeln offen Pfd. von 32 an

Hausmacher - nur in Paketen - 1/2 Pfd. Paket 40 Pfg.

Feinste Eier-Hausmacher in 1/2 u. 1/4 Paketen Pfund 45, 55 und 65 Pfg.

3 Glocken-Nudeln Pfund 76 Pfg.

Gemüse-Maccaroni (Muscheln) Pfund 32 Pfg.

Pfannkuch & Co logo and text: Ein ganz wenig get., schwarzes Konfirmationskleid billig zu verkaufen unter Adresse 6788 an die Exped. d. Bl. erbeten. verl. Rudolfstr. 25, 8. St. L.

Weißer Woche

beginnt Samstag, den 31. Januar.

Die lehrfährige Weiße Woche stand im Zeichen „Japan“ und hat nicht allein durch das eigenartige Arrangement, sondern wesentlich durch die Fülle, Güte u. Preiswürdigkeit der ausgelegten Waren überrascht. Die Firma wird in diesem Jahre noch mehr bieten.

Das „Merkzeichen“ wird in diesem Jahre „Ägypten“ sein.

Es ist die Herkunft der feinsten und edelsten Baumwollfasern, der „Macobaumwolle“, dieses Gespinnst übertrifft an Reinheit und Feinheit alle übrigen Sorten Baumwolle, sowohl die indischen als auch die amerikanischen. Die Firma hat große Quantitäten edelster Maco-Gewebe sehr günstig eingekauft; auch in allen übrigen Weißwaren sind die Läger mit den preiswertesten Waren, die zu finden waren, ausgestattet. Günstige Einkäufe, in Verbindung mit niederster Kalkulation ergeben eine nicht zu übertreffende Leistungsfähigkeit und diese wird sich in **außerordentlich billigen Preisen** ausdrücken. Jeder Käufer hat die Pflicht gegen sich selbst, objektiv zu prüfen, wo er am besten und preiswertesten einkauft. Bei dieser Prüfung ist vor allen Dingen meine Firma zu berücksichtigen, dies liegt im Interesse des Käufers.

6940

Hugo Landauer

Mode- u. Hutsteuerhaus
Kaiserstr. (Ecke Lammstr.).

Pfannkuch & Co

Frische 6948

Holländer
Angel-Schellfische

Große, 1-2 pfündig
Pfund **35** Pfg.

Bratfische

Pfund **25** Pfg.

Cablian

Pfund **25** Pfg.
im
Auschnitt **28** Pfg.

Stockfische

Pfund **23** Pfg.

Als bester Butterersatz empfehle ich
Esbu
(Margarine)

Pfund **95** Pfg.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
den bekanntesten
Verkaufsstellen

Großes Preiskegeln

im Gasthaus „Zähringer Löwen“, Adlerstr.

6 wertvolle Preise

darunter 1 Diwan, 1 Fahrrad usw.

Eine Kugel 10 Pfg.

Für Spieler, welche gewonnen sind zu werfen, beste Aussicht, da bereits fertig.

Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.

Kaninchenzüchterverein Förderung E. V.
Karlsruhe. 6942

Nussfett, Reformbutter,
Fleischersatz, Schrotmehl,
Hafergrütze, Hafergries,
Nährsalzkafee, Kräutertee
Naturreis, Bananenkakao,
und vieles andere empfiehlt

Reformhaus Kadner
Durlach, Amalienstr. 25.

Verlangen Sie Preisliste! 6802

Maskenkostüme Orientalin und Italienerin, sind preisw. zu verkaufen. Akademiestr. 55, Stb., 1. Et.

Saubere pol. Bettstelle m. Rost und Matrage 18 Mk., besserer Plüschdivan u. Vertikob, 4 Stühle. Adlerstr. 17, 1. Treppen hoch. 6801

Sozialdem. Partei Offenburg.

Am Sonntag, 1. Februar, abends punkt 8 Uhr, in der „Mischelhalle“

Volks- u. Wählerversammlung

Tagesordnung:
„Die Reichstags-Nachwahl und ihre Bedeutung für das werktätige Volk.“

Referent: Reichs- und Landtagsabg. Dr. L. Frank-Rannheim.

Zu zahlreichem Besuch der Wähler, auch der Frauen, ladet freundlichst ein 6988

Das sozialdem. Wahlkomitee.

Städt. Seefischmarkt

Hauptmarkt: In der Fischmarkthalle hinter dem städt. Bierordbad am Donnerstag nachmittag von 3 $\frac{1}{2}$ bis 7 Uhr, und Freitag vormittag von 8 bis 11 Uhr.

Zufuhr über 100 Zentner; billige Preise.

Filialmärkte: Durch den Verkäufer Zitzl.

Weststadt: In dem Hof des Eichamtes, Sofienstraße 96/98, am Donnerstag vormittag von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Oststadt: In der Georg-Friedrichstraße am Freitag vormittag von 8 bis 11 Uhr.

Stadtteil Mühlburg: Ecke Rhein- und Vogesenstraße am Donnerstag nachmittag von 1 $\frac{1}{2}$ bis 5 Uhr.

Karlsruhe, den 28. Januar 1914. 6949

Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Durlach.

Alkoholfreies Café-Restaurant

6549

L. Meier, Lammstrasse 10.

Kellnerin, jung, tüchtig, sucht Stelle für ständig oder Aushilfe. Zu erfragen bei König, Luisenstraße 52, S. II.

Kinderliegwagen gut erhalten, billig zu verkaufen. Hlbrandstraße 21, 4. Et. 6800

Fleisch-Verkauf

Samstag den 31. Januar von 7 bis 1 Uhr verlaufe ich Ruitstr. 20 prima Qualität **Wurstfleisch** (eigene Wurstung) à Pfund 70 Pfennig.

Wilhelm Neck,
Wollereibesitzer. 6941

WENN SIE

zur Reise Ihre Vorbereitungen treffen vergessen Sie Waden-Abrollen nicht vor Hülften Heilerzeit kalarrig sind Sie dann geschwächt. Erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien Preis der Originalschachtel 1 Mk.

Lager sämtlicher Sorten **Ober- u. Sohlenrindleder-Abfälle** per Paar von 60 S. aufwärts. 6800

sowie Rahmen und Flecke bei **Eugen Klemm**
Durlach, Pfingststraße 90.
Haltestelle neue Bahnhofstraße.

Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 8971

Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 35.

Verkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherei. 8970

Fran Streckfuß Durlacherstraße 23.